SOWJETZONE

FRAUENARBEIT

Unter anderen Umständen

enosse Hans Kiefert, Zweiter Sekretär der SED-Bezirksleitung Groß-Berlin, mußte einen undankbaren Parteiauftrag übernehmen: "In Vorbereitung der Konferenz werktätiger Frauen der Hauptstadt" hatte der Bezirksfunktionär eine jener vertraulichen Diskussionen zu leiten, in denen sich die Einheitspartei ein Bild vom Stand der Gleichberechtigung der Frauen am Arbeitsplatz zu verschaffen sucht.

Genosse Kiefert bewältigte seine Aufgabe mit Geduld und Würde. Vier Stunden lang lauschte er den bewegten Klagen werktätiger Damen aus dem Kreis der "technisch-wissenschaftlichen Intelligenz", die ihn mit der Tatsache bekannt machten, daß auf dem Gebiet der Frauenarbeit eine beträchtliche Differenz zwischen den Wünschen der Parteiführung und der Wirklichkeit des DDR-Alltags besteht.

Die werktätigen Berlinerinnen kritisierten vor allem zwei Übel, nämlich:

- [> die oftmals geradezu feindselige Skepsis der Männer gegenüber der beruflichen Leistungsfähigkeit der Frauen und
- die Verständnislosigkeit der männlichen Kollegen gegenüber den biologisch bedingten Besonderheiten ihrer weiblichen Mitarbeiter.

Die Ingenieurin Dorothea Minuth beispielsweise beklagte die Interesselosigkeit der Männer ihres Betriebs, die ihr "keine Möglichkeit zur Weiterentwicklung" gäben, und äußerte überdies die Befürchtung, man warte nur darauf, "daß ich Schiffbruch erleide". Nicht minder besorgt zeigte sich die Planungsleiterin Irene Fenske, die zum Beweis mannlicher Afglist den Ausspruch ihrer Kollegen zitierte, der gefallen war, als sie sich in anderen Umständen befand: "Was, ausgerechnet jetzt kriegst du ein Kind, wo wir so viel zu tun haben?"

Daß die Teilnehmerinnen an der Aussprache nahezu ausnahmslos Parteimitglieder waren, machte dem Kiefert das Zuhören nicht leichter. Dennoch bedankte er sich artig bei den praktizierenden Frauenrechtlerinnen für den "ausgezeichneten Überblick", ehe er aus dem Zentrum der Entrüstung retirierte.

Die Erkenntnis, daß die berufstätigen Frauen der DDR vielfach unzufrieden sind, beschränkt sich nicht nur auf den Bezirksfunktionär Kiefert. Ähnliche Diskussionen an anderen Orten haben inzwischen auch die Ostberliner Parteiführung der Einsicht näher gebracht, daß der Unmut der werktätigen Weiblichkeit keineswegs ein hauptstädtisches Spezifikum ist.

Auch über die Ursachen besteht an der Spitze der SED Klarheit: Die Lustlosigkeit resultiert aus dem Unvermögen der Partei, die mit allen propagandistischen Mitteln geförderte Frauenarbeit durch materielle und soziale Vorteile attraktiver zu machen.

Zwar garantiert die DDR-Verfassung die Gleichberechtigung von Mann und Frau, dennoch erhielten vor allem die weiblichen Beschäftigten in der Industrie nicht die gleichen Chancen zur beruflichen Fortbildung und damit zu höherem Verdienst wie die DDR-Männer. Sie scheiterten an der männlich



Hausfrauen-Brigadier Ilse Thiele Genosse Ülbricht lehrt...

beherrschten Betriebsstruktur und am männlichen Mißtrauen gegenüber allzu gleichberechtigten Frauen.

Die Folge: wachsendes Desinteresse der Frauen an einem Industrieberuf eine Entwicklung, die der SED schon deshalb unsympathisch ist, weil die DDR-Wirtschaft ohne weibliche Arbeitskräfte nicht mehr auskommen kann.

Von den 3,5 Millionen berufstätigen DDR-Frauen — 43,9 Prozent aller Erwerbstätigen — sind aber bislang nur sieben Prozent in Führungspositionen vorgestoßen. 93 Prozent hingegen werden in den untersten drei der acht DDR-Lohngruppen, also überwiegend als Hilfsarbeiterinnen und angelernte Arbeiterinnen, beschäftigt.

Auch die Anzahl der Studentinnen an den Fach- und Hochschulen der DDR entspricht weder dem Frauenüberschuß der Bevölkerungsstatistik — rund zwei Millionen — noch dem Anteil weiblicher Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigtenzahl: Nur 33 Prozent der Fach- und Hochschüler in der DDR sind weiblichen Geschlechts, also nicht wesentlich mehr als im angeblich rückständigen Westdeutschland.

Trotz dieses Mißverhältnisses und trotz der Klagen berufstätiger Frauen über die zwar versprochenen und fortgesetzt propagierten, gleichwohl aber noch immer mangelhaften Fortbildungsmöglichkeiten wirbt die Einheitspartei weiter um weibliche Arbeitskräfte, weil die Zonenwirtschaft infolge der ungünstigen Altersstruktur des DDR-Volkes bis 1965 mit dem Abgang von 650 000 Erwerbsfähigen rechnen muß.

Die Differenz im Arbeitskräftebedarf kann dann nur aus dem einzigen Reservoir gedeckt werden, das der DDR noch zur Verfügung steht: jenen 2,5 Millionen Frauen im arbeitsfähigen Alter — zwischen 15 und 60 Jahren —, die bislang die Tätigkeit am heimischen Herd dem Werkeln in der Fabrik vorgezogen haben.

Die Hoffnung der Partei, diese Haus-, Hof- und Ehefrauen trotz der offenkundigen Mißstimmung unter schon werktätigen Geschlechtsgenossinnen der Kochtopf-Perspektive zu entreißen und sie zu gesellschaftlich nutz-bringender Tätigkeit anhalten zu können, gründet sich in erster Linie auf die emsige Betriebsamkeit des SEDbetreuten "Demokratischen Frauenbunds Deutschlands", dem die allzeit einsatzbereite Funktionärin Ilse Thiele vorsitzt. Deklamierte die Thiele: "Genosse Walter Ulbricht lehrt, mit großer Geduld den Weg zum Herzen und zum Verstand jeder Frau zu finden."

Fanatischer Thiele-Aktivität verdanken die Wirtschaftsführer der Partei denn auch die Gründung einer speziellen Hilfstruppe, die inzwischen unter dem Namen "Hausfrauen-Brigade" in die Geschichte des sozialistischen Aufbaus eingegangen ist.



... den Weg zum Herzen jeder Frau: Hausfrauen-Brigade der DDR

Im Schwerpunkt-Einsatz brachen die 1,3 Millionen Frauenbund-Mitglieder unter anfeuernden Elogen der Ilse Thiele innerhalb von drei Jahren 28 000 häusliche Frauen aus dem Zweieinhalb-Millionen-Block der Abseitsstehenden heraus und zogen sie stundenweise zu Aushilfsarbeiten heran.

Das Problem, vor das sich die SED gestellt sieht, ist tatsächlich kompliziert: Sie muß nämlich nicht nur dem weiblichen, auf berufliches Avancement gerichteten Ehrgeiz gerecht werden, wenn sie die Frauen weiterhin an der Produktionsarbeit interessieren will, sondern sie muß zugleich dafür sorgen, daß die männlichen Berufskollegen die anlagebedingten Sonderaspekte weiblicher Gleichberechtigung anerkennen.

Erst dann werden die Funktionäre weniger hilflos sein, als es Genosse Kiefert in Ostberlin angesichts der Klage der Ingenieurin Domning war, die ihm anvertraute, daß sie aus Furcht vor den scheelen Blicken der Männer ihres Betriebs seit sechs Jahren überlege, ob sie sich ein zweites Kind anschaffen solle.

HANDEL

WHISKY

Unter falschem Etikett

Wei Whisky-Flaschen standen auf dem Richtertisch — Beweismittel eines Wettbewerbsstreits, in den Westdeutschlands Spirituosenbranche auf einem Ihrer ertragreichsten Verkaufsgebiete geraten ist.

Verbandsanwalt Alfred-Carl Gaedertz reichte dem Kammer-Vorsitzenden für Handelssachen beim Landgericht Wiesbaden die erste Flasche, das Produkt der weltbekannten schottischen Brennerei John Haig, und erläuterte: "Wer hier in Deutschland einen solchen Whisky kauft, weiß, daß er damit das gleiche Getränk ersteht, das auch in Großbritannien unter dieser Marke als "Whisky' konsumiert wird."

Anschließend wies der Anwalt auf die zweite Flasche und fuhr fort: "Genau dasselbe unterstellen die deutschen Verbraucher aber auch, wenn sie sich einen "Scotch No 10' besorgen. Nur werden sie hier getäuscht."

Seit einem Jahr wird die Marke "Scotch No 10" den in steigendem Maße nach Whisky dürstenden Bundesbürgern zum Ladenrichtpreis von 17,50 Mark angepriesen. Altbekannte Standard-Whiskys wie "Johnnie Walker" oder "Black & White" dagegen kosten 24,50 Mark. Die Preisdifferenz von sieben Mark war es, die den in Wiesbaden ansässigen "Schutzverband der Spirituosen-Industrie e. V." veranlaßte, der Konkurrenz mit kriminalistischen Mitteln nachzuspüren und sie schließlich zu verklagen.

Die Spirituosenkaufleute erblicken in dem billigeren Whisky nicht nur eine gefährliche Konkurrenz für ihre deutschen Weinbrände, sie befürchten auch, daß ihre eigenen Importe teurer ausländischer Marken-Whiskys Einbuße erleiden werden. Der niedrige Preis weckte bei ihnen sofort den Verdacht, die "Scotch No 10"-Flaschen enthielten nicht das, was man in England gemeinhin unter Whisky versteht.

Nach einem alten, im Jahre 1952 aufpolierten Gesetz (The Customs and

